



Erlanger Erklärung

1 Bei der Bundestagswahl haben die Wähler ein klares Signal an die CSU gesendet. Daraus müssen
2 jetzt die richtigen Konsequenzen gezogen werden. Ein „Weiter so“ dürfen wir nicht hinnehmen. Wir
3 dürfen aber nicht nur die Botschaft aussenden, dass wir verstanden hätten, sondern müssen auch
4 entsprechend handeln. Wir müssen Fehler aufarbeiten und den richtigen Weg für die Zukunft unse-
5 res Landes einschlagen.

6 In wichtigen Themenfeldern wie Wirtschaft, Außen- und Verteidigungspolitik sowie Soziales wird die
7 CSU nicht mit durchsetzungsstarken und positionsfesten Politikern in Verbindung gebracht. Dadurch
8 haben wir in den letzten Jahren teils deutlich an Wahrnehmbarkeit und Profil eingebüßt. Wir fordern
9 deshalb auf allen parlamentarischen Ebenen, im Bundes- und im Landeskabinett sowie in den Füh-
10 rungsgremien der Partei eine spürbare Verjüngung und den Mut das breite Meinungsspektrum der
11 Partei auch öffentlich zu zeigen. Wir müssen der Bevölkerung mit einer Mannschaft mit Zukunft kla-
12 re Ideen für die Zukunft übermitteln. Für einen Erfolg bei der Landtagswahl im kommenden Jahr
13 braucht es einen glaubwürdigen personellen Neuanfang. Bei allen Verdiensten, die sich Horst
14 Seehofer zweifellos in vielen Jahrzehnten für die CSU, Bayern und Deutschland erworben hat, muss
15 er jetzt den Weg bahnen für einen gesonderten Übergang an der Spitze der Staatsregierung.

16 Vor allem aber gilt: Wir müssen verloren gegangenes Vertrauen und Glaubwürdigkeit wieder zurück-
17 gewinnen. Die Existenzängste und Sorgen der Bürger sind nicht genuin rechts oder links sondern im
18 Vertrauensverlust in die etablierten Parteien begründet, verbunden mit der Wahrnehmung „Wir da
19 unten und Ihr da oben“.

20 Für die anstehenden Koalitionsverhandlungen fordern wir daher:

21 **1. Familien entlasten – Eigentum fördern**

22 Familien sind die Keimzelle unserer Gesellschaft. Diese müssen unterstützt und entlastet werden. Es
23 gilt den Familien in ihrer Verantwortung im Alltag gerecht zu werden und sie zu fördern.

- 24 a. Familien müssen selbst entscheiden dürfen, wie sie ihre Kinder erziehen. Daher muss volle
25 Wahlfreiheit zwischen Betreuung zu Hause oder in Kindertageseinrichtungen gewährt wer-
26 den. Eine einseitige Förderung bestimmter Erziehungsmodelle darf nicht erfolgen.
- 27 b. Das Kindergeld muss um 300 Euro pro Jahr erhöht werden und der Steuerfreibetrag für Kin-
28 der an den für Erwachsene angeglichen werden.

- 29 c. Familien muss der Erwerb von Wohneigentum erleichtert werden. Daher muss ein Baukin-
30 dergeld von jährlich 1.200 Euro pro Kind für bis zu zehn Jahre eingeführt werden.
31 d. Die Grunderwerbsteuer beim Ersterwerb von Wohneigentum ist abzuschaffen.

32 **2. Generationengerechte Steuer- und Finanzpolitik einführen**

33 In Zeiten der höchsten Steuereinnahmen der Geschichte Deutschlands gilt es die Bürger zu entlas-
34 ten.

- 35 a. Steuererhöhungen darf es nicht geben. Vielmehr ist es jetzt die Aufgabe endlich für spürbare
36 Entlastungen zu sorgen.
37 b. Der Solidaritätsbeitrag ist noch in dieser Legislaturperiode ersatzlos abzuschaffen.
38 c. Neue Schulden darf es in dieser Legislaturperiode nicht geben. Dies gilt auch für weitere Be-
39 lastungen der sozialen Sicherungssysteme durch systemwidrige Sozialleistungen. Kernbe-
40 standteil des Koalitionsvertrages muss vielmehr eine Vereinbarung zur Tilgung des Schul-
41 denberges sein.

42 **3. Zuwanderung begrenzen**

43 Die massenhafte Zuwanderung seit 2015 hat Deutschland gespalten. Zustände wie in den Jahren
44 2015 oder 2016 dürfen sich nicht wiederholen.

- 45 a. Die Zuwanderung aus humanitären Gründen nach Deutschland muss auf max. 200.000 Men-
46 schen pro Jahr begrenzt werden.
47 b. Bestehende gesetzliche Regelungen des Asylgesetzes – u.a. die Dublin-Regelungen – müssen
48 wieder angewandt werden.
49 c. Der Familiennachzug muss auf die nach dem Grundgesetz und internationalen Verträgen
50 zwingenden Fälle zurückgeführt werden.
51 d. Asylantragstellungen dürfen nur noch in europäischen oder deutschen Transitzentren erfol-
52 gen. In diesen muss während des laufenden Verfahrens die Residenzpflicht gelten.
53 e. Alle Bundesländer, aber insbesondere auch Bayern, müssen schneller und konsequenter ab-
54 schieben. Bei Verstoß gegen Abschiebevorschriften des Bundes sollen Sanktionsinstrumente
55 gegen die entsprechenden Bundesländer eingeführt werden.

56 **4. Digitales zur Chefsache erklären**

57 Die Bundesrepublik Deutschland muss ihren Rückstand im Bereich der Digitalisierung aufholen und
58 zum europäischen Spitzenreiter werden.

- 59 a. Es muss ein eigenes Digitalisierungsministerium mit umfassenden Regelungskompetenzen
60 geschaffen werden.
- 61 b. Binnen zwei Jahren muss eine zu 100% flächendeckende Mobilfunkversorgung mit höchst-
62 möglichem Mobilfunkstandard in Deutschland geschaffen werden.
- 63 c. Erlöse aus Privatisierungen müssen zweckgebunden einem Zukunftsfonds zugeführt werden,
64 aus dem Forschungsleistungen und Modellregionen im Bereich Digitales, Industrie 4.0 und
65 Mobilität 4.0 gefördert werden.
- 66 d. Auch der Staat selbst muss in seinem Wirkungsbereich das Thema Digitalisierung vorantrei-
67 ben, um den Bürgern einen zeitgemäßen Service zu bieten. Hierfür ist eine umfassende E-
68 Governmentstrategie nötig.

69 **5. Verantwortung in der Welt wahrnehmen**

70 Die Bundeswehr leistet einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität in vielen Krisenregionen und sichert
71 dort deutsche Interessen.

- 72 a. Der Wehretat muss schrittweise auf das vereinbarte Niveau von 2 % des BIP angehoben
73 werden.
- 74 b. In gleicher Weise müssen die Ausgaben für die Entwicklungshilfe auf das UNO-Ziel erhöht
75 und dort gehalten werden.
- 76 c. Entwicklungshilfe soll nur an diejenigen Länder bezahlt werden, die auch im Rahmen der
77 Flüchtlingsrückführung mit der Bundesrepublik Deutschland zusammenarbeiten. Dabei ist
78 das Ziel der Subsidiarität zu wahren.

79 **6. Bund – Länder – Verhältnis neu justieren**

80 Eine Vielzahl von Forderungen des Wahlkampfes haben die grundgesetzlich geschützte Kompetenz-
81 verteilung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland außen vor gelassen. Der Wettbewerb der Län-
82 der untereinander und mit dem Bund muss gewahrt bleiben. Einen Eingriff oder ein Verschieben von
83 Kompetenzen darf es nicht geben.

- 84 a. Eine Lockerung des Kooperationsverbots in der Bildung lehnen wir strikt ab.
- 85 b. In der kommenden Legislaturperiode müssen Verhandlungen zu einer Föderalismusreform
86 III aufgenommen werden, in der die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern ent-
87 flechtet, das Prinzip der Konnexität auch auf Bundesebene eingeführt und den Ländern die
88 Kompetenzen zur Regelung eigener Steuerangelegenheiten übertragen werden.

89 **7. Europa auf Kurs halten**

90 Ein „französisches“ Europa, das Europa des Zentralismus und der Umverteilung, lehnen wir ab. Die
91 Europäische Union muss den Grundsatz der Subsidiarität wieder hochhalten.

- 92 a. Anleihen aller EU-Staaten oder aller Eurozonenländer, bei der die Gemeinschaft gesamt-
93 schuldnerisch für die Rückzahlung und Zinsen dieser Schulden haftet, darf es nicht geben.
- 94 b. Der EU ist kein eigenes Recht zur Steuererhebung einzuräumen.
- 95 c. Kompetenzübertragungen müssen in beide Richtungen möglich sein. Eine Einbahnstraße hin
96 zum europäischen Superstaat schadet der Europäischen Idee.
- 97 d. Die EU muss in den Kompetenzen, die wir ihr übertragen haben, auch handlungsfähig sein.
98 Anstelle immer neue Themenbereiche teilweise in Brüssel zu regeln brauchen wir endlich ei-
99 ne Entflechtung der Zuständigkeiten.

100 **8. Renten gerecht gestalten**

101 Die Frage der Zukunftsfähigkeit des deutschen Rentensystems wird seit Jahrzehnten diskutiert. In der
102 kommenden Legislaturperiode müssen die Rahmenbedingungen für ein Rentensystem geschaffen
103 werden, das auch nach dem Jahr 2030 tragfähig und generationengerecht ist.

- 104 a. Sämtliche systemwidrige Sozialleistungen müssen aus der gesetzlichen Rentenversicherung
105 herausgelöst und durch Steuermittel finanziert werden.
- 106 b. Mehrerlöse der deutschen Rentenversicherung müssen in einem Rentenfonds fließen, der in
107 Krisenzeiten drohende Erhöhungen des Rentenbeitrages abfedern kann.
- 108 c. Zur Weiterentwicklung des Rentensystems ist eine unabhängige Expertenkommission einzu-
109 setzen, die binnen zwei Jahren ein Konzept für eine zukunftsfähige gesetzliche Rente unter
110 besonderer Berücksichtigung des deutschen Drei-Säulen-Modells entwickeln muss.